

Gottfried Locher unterstützt das Volksbegehren, welches Wiedergutmachung fordert.

**Stefan Schürer**

Bern

Die Wiedergutmachungsinitiative erhält prominente Unterstützung. Der Präsident des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbunds (SEK), Gottfried Locher, stellt sich hinter das Volksbegehren.



Gottfried Locher.

«Was schlecht war, kann niemand wiedergutmachen, auch nicht mit Geld», sagt Locher. «Aber wir können noch ein wenig helfen, wenn wir uns beeilen.»

Die Wiedergutmachungsinitiative fordert eine Aufarbeitung der schweizerischen Fürsorgepolitik. Neben einer historischen Untersuchung sieht das Volksbegehren eine Entschädigung von insgesamt 500 Millionen Franken für die Opfer vor. Zu diesen zählen Heim- und Verdingkinder, Fahrende, Zwangssterilisierte und administrativ Verwahrte.

Der Evangelische Kirchenbund ist der Zusammenschluss der reformierten Kantonalkirchen. Er repräsentiert 2,4 Millionen Protestanten. Für den Urheber der Initiative, Guido Fluri, hat Lochers En-

## Kirchenpräsident will Aufarbeitung für Fürsorgeopfer

gagement Signalwirkung. Es zeige, dass der höchste protestantische Kirchenvertreter der Schweiz begangenes Unrecht nicht einfach stillschweige.

### Initiative als Druckmittel

Die Exekutive des Kirchenbunds, der siebenköpfige Rat, hat seine Position zur Initiative noch nicht festgelegt. Diese befindet sich erst im Sammelstadium. Mit dem Volksbegehren wollen die Betroffenen Druck auf das Parlament ausüben. Dort ist der von Bundesrätin Sommaruga angestrebte Solidaritätsfonds zugunsten der Opfer umstritten. Derzeit arbeitet das Justizdepartement eine Gesetzesvorlage aus.

Mit ihren Plänen für einen Solidaritätsfonds greift Sommaruga eine Empfehlung des runden Tisches auf. An diesem hatten Behörden, Bauernverband und Kirchen mit den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen über die Aufarbeitung verhandelt. Auch der Kirchenbund hatte am runden Tisch teilgenommen - «in stellvertretender Verantwortung für unterschiedliche reformierte Akteure, die an Fremdplatzierungen beteiligt waren», wie es im Schlussbericht des runden Tisches heisst.

### «Schlimme Auswüchse»

Reformierte Kreise haben bis ins 20. Jahrhundert Armen- und Waisenhäuser, Kinderheime oder sogenannte Korrekptions-

anstalten betrieben. Daneben wurden Pfarrer bei Fremdplatzierungen als Vormundspersonen oder Aufsichtsorgane eingesetzt. «Das Wohl der anvertrauten Kinder und Jugendlichen war in vielen Fällen nicht das vordringlichste Anliegen der verantwortlichen Behörden»: Was der Schlussbericht ganz allgemein für die Träger der damaligen Entscheidungen formuliert, trifft laut dem Historiker Thomas Huonker auch auf die involvierten kirchlichen Institutionen zu. So hätten administrativ Verwahrte, die von Behörden ohne Gerichtsbeschluss weggesperrt wurden, in kirchlichen Armenanstalten eigentliche Zwangsarbeit leisten müssen.

Oft hätten die Bemühungen aber auch einen ambivalenten Charakter gehabt, sagt Huonker, der dem Initiativkomitee angehört. Als Beispiel hierfür nennt er die Armenerziehungsanstalt Trachselwald im Kanton Bern, an deren Gründung Jeremias Gotthelf beteiligt war. Gotthelf habe sich gegen das Verdingkinder-Wesen eingesetzt. In der Anstalt Trachselwald sei es dann aber zu schlimmen Auswüchsen gekommen.

Aufseiten der katholischen Kirche hatte die Bischofskonferenz am runden Tisch teilgenommen. Sie trägt die Empfehlungen des runden Tisches mit. Zur Wiedergutmachungsinitiative will die Bischofskonferenz noch keine Stellung beziehen.

## 11 Kommentare

- **Hans Gerber vor 4 Tg.**

Offenbar fällt es leichter, sich für Dinge zu entschuldigen die unser Grossväter falsch gemacht haben als dafür zu sorgen, dass nicht heute mit der KESB genau das gleiche gemacht wird. (Nur etwas "professioneller" und heuchlerischer)

[Empfehlen \(34\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **E. Schmid vor 4 Tg.**

Danke für Ihren Kommentar, Herr Gerber. Genau dieses Risiko sehe ich bei der KESB, wo zu Bürozeiten administriert wird, auch.

[Empfehlen \(11\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Walter Kunz vor 4 Tg.**

Ein richtiges Armutszeugnis für unser, stets als human sich gebendes Land, welches mit Hilfen und Unterstützungen doch sofort und überall bereit ist, seine Linderungen anzubieten, ausgenommen davon sind leider in vielen Fällen, so wie hier, die Einheimischen.

[Empfehlen \(18\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Ike Conix vor 4 Tg.**

@Walter Kunz: Gerade die, die sich als die "richtigen Einheimischen" bezeichnen, wehren sich mit Händen und Füssen dagegen, etwas zu tun. Z. B. diesen Frühling bei der Abstimmung über die "Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen: Bundesgesetz über die Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen" im Eidg. Parlament:

GLP: 11 Ja

CVP/EVP: 30 Ja

BDP: 9 Ja

GP: 15 Ja

FDP: 29 Ja

SP: 45 Ja

SVP: 3 Ja, 34 Nein, 19 Enth.

[Empfehlen \(8\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Walter Kunz vor 4 Tg.**

@Herr ike Conix

Auch wenn sie das Ganze so detailliert aufdröseln, ein Armutszeugnis bleibt es, das Erwähnte aber trotzdem

[Empfehlen \(6\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Markus Ackermann vor 4 Tg.**

Die TäterINNEN beziehen ihre AHV und deren Opfer müssen betteln: Dieser Skandal wird für die Behörden und deren Funktionäre so desaströs werden, wie der Kindsmissbrauch für die katholische Kirche

Es geht hier nicht (zuvorderst) um sexuellen Missbrauch, sondern um MACHT-Missbrauch

=> Nur mit einer PERSÖNLICHEN Haftung der TäterINNEN wird man solchen Macht-Missbrauch für die Zukunft eindämmen können

[Empfehlen \(13\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Rolf Burkolter vor 4 Tg.**

Ein trauriges Kapitel, mehr möchte ich dazu nicht sagen, und auch leider für viele Betroffene zu spät.

[Empfehlen \(10\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Guido F. Graf vor 4 Tg.**

Der Schweiz. Bauernverband SBV könnte sich am schweiz. evang.-ref. Kirchenbund ein Beispiel nehmen. Nebst staatl. Stellen vermittelten u.a. auch protestantische Pfarrer arme, rechtlose Verdingkinder an Schweizern Bauern. Diese behandelten die Kinder wie Sklaven bzw. Leibeigene. Doch der SBV tut so, als ob ihn die schrecklichen Greuelthaten der damaligen Bauernschaft an Wehrlosen nichts angehe!

[Empfehlen \(7\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Kaspar Tanner vor 3 Tg.**

Seit Jahrzehnten beackern die Linken ihr Steckenpferdprojekt "Verdingkinder". Da geht es nicht um Sachverhalte und Recht, sondern um Emotionen und Stimmungsmache. Die Verhältnisse vergangener Jahrhunderte aber können nicht mit heutigem Recht und der heutigen Moralvorstellung gemessen werden. Doch genau das tun die Linken, weil sie sich mit der Besetzung solcher Themen einen moralischen Anstrich geben wollen, der sich bei den nächsten Wahlen auszahlen soll. Wie widerlich, sich auf Kosten von Ausgebeuteten so opportunistisch zu positionieren! Wem es ein Anliegen ist, die Verdingkinder materiell besser zu stellen, der soll sich persönlich einsetzen mit Taten statt Worten und eigenem Geld statt mit dem Geld anderer. Alles andere ist unglaubwürdig. Aber so ist Sozialismus!

[Empfehlen \(6\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **E. Schmid vor 3 Tg.**

Das begangene Unrecht an Verdingkindern, an sog. administrativ Versorgten und Zwangssterilisierten ist keine Frage von links oder rechts. So hat z.B. die Exekutive der Gemeinde Köniz (mit SVP-Gemeindepräsident) ohne Aufhebens 40'000 Franken für den Fonds gespendet. Apropos Verhältnisse vergangener Jahrhunderte: Freiheitsberaubung (als ein Beispiel) war schon zu jener Zeit ein Straftatbestand.

[Empfehlen \(3\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)

- **Daniel Jaggi vor 3 Tg.**

Tanner: Ich bin gewiss alles andere als Links, bewahre! Aber die Versorgung der Verdingkinder wurden ausnahmslos von den Behörden angeordnet. Dementsprechend ist auch die Öffentlichkeit für die Opfer mitverantwortlich. Das hat diesmal mit Links oder Rechts nichts zu tun. Ich kenne selber solche traurigen Schicksale und hoffe, dass die Beamtenschaft was gelernt hat. Leider ist der Wille nicht da.

[Empfehlen \(1\)](#) [Melden](#) [Über Facebook Teilen](#) [Antworten](#)